



SPD



Newsletter von Dr. Sascha Raabe

Ausgabe 1 / 2013

Bericht aus Berlin 17.01.2013 Gelnhäuser Tageblatt

Gegensteuern

Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten anderer. Bezeichnenderweise gilt besonders unter vielen Vermögenden Steuerhinterziehung noch immer als Kavaliersdelikt. Da wird sich gerne mal gegenseitig auf die Schulter geklopft, wenn man wieder einen eleganten Weg gefunden hat, sein Geld heimlich ins Ausland zu tragen und so dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen. Geld macht offenbar erfindisch – zumindest wenn es um Steuerbetrug geht.

Geschätzte 150 Milliarden Euro, das sind rund 16 Prozent der gesamten deutschen Steuereinnahmen, gehen dem Staat so jährlich verloren. Geld, das gerade in Krisenzeiten, in denen der ehrliche „Otto-Normal“-Steuerzahler jeden Euro zweimal umdrehen muss, dringend gebraucht wird.

Dabei nutzen die Reichen die staatlichen Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge genauso wie alle anderen auch: Schulen und Kindergärten, Straßen, Polizei, Krankenhäuser, Theater und vieles mehr – das alles kostet. Allein viele von denen, die es sich durchaus leisten können, sehen nicht ein, dass sie auch etwas beitragen müssen, damit das Gemeinwesen funktionieren kann.

Steuerhinterziehung ist eine Straftat und muss verfolgt werden. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung standhaft, den Kampf gegen Steuerkriminalität ernsthaft aufzunehmen.

Da soll etwa durch ein Steuerabkommen mit der Schweiz über eine Art Ablasshandel Straffreiheit garantiert und konsequente Strafverfolgung, wie durch den in der Vergangenheit bereits äußerst wirksamen Kauf von Steuer-CDs, erschwert werden. Erinnerung sei hier auch an den Fall der hessischen Steuerfahnder, die durch die Landesregierung massiv in ihrer Arbeit behindert wurden.

Die öffentlichen Kassen sind leer, viele Städte und Gemeinden können ihre Leistungen für die Bürger kaum noch erbringen, aber in Fragen der Steuergerechtigkeit betreibt Schwarz-Gelb wie eh und je ungehört Klientelpolitik zugunsten der Wohlhabenden. Damit muss Schluss sein.

Die SPD will gegensteuern und hat jetzt einen Fünf-Punkte-Plan für mehr Steuergerechtigkeit vorgelegt. Darin vorgesehen ist zum Beispiel eine bundesweite Steuerfahndung, ein gleichmäßiger Steuervollzug in den Ländern und ein verbesserter



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756



Informationsaustausch der Steuerbehörden in Europa, denn es ist schlicht nicht mehr zeitgemäß, dass die Steuerfahndung selbst in grenzüberschreitenden Fällen in Deutschland noch immer Ländersache ist. Die weitreichendste Forderung aber ist die, jene Banken, die systematisch die Hand reichen zur Steuerhinterziehung, deren Geschäftsmodell sozusagen auf Beihilfe zum Steuerbetrug beruht, zur Verantwortung zu ziehen.

Nach den Vorschlägen der SPD sollen die Sanktionsmöglichkeiten im äußersten Fall bis hin zum Lizenzentzug reichen. Es kann einfach nicht angehen, dass Banken zielgerichtet Produkte anbieten, die geradezu zum Betrug auffordern. Wenn sich Banken nicht an deutsches Recht halten oder dazu

beitragen, dass es in krimineller Art und Weise unterlaufen wird, dann haben sie hier nichts zu suchen.

Diese Konsequenz halte ich für völlig richtig. An der Idee des Lizenzentzugs für Banken habe ich übrigens einen gewissen Anteil. Ich habe sie bereits im letzten Jahr aufgeworfen und an unsere Finanzexperten in der Fraktion herangetragen. Die haben nun die rechtliche Durchsetzbarkeit geprüft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich auch die Koalition für den Vorschlag offen zeigt, damit der Kampf gegen Steuerbetrug nicht weiterhin ein stumpfes Schwert bleibt



**Dr. Sascha Raabe,
MdB**

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Politgezwitscher 17.01.2013 Gelnhäuser Neue Zeitung

Auf Empfang

Am Jahresanfang wird es ja nie wirklich langweilig – gefühlten 2,8 Neujahrsempfängen pro Tag sei Dank. Aber im Ernst: Es ist gute Tradition, dass viele Kommunen und auch zahlreiche SPD-Ortsvereine in diesen Tagen zum Empfang laden. Das ist immer eine schöne Abwechslung vom politischen Alltagsgeschäft, gibt es so doch die Möglichkeit, zum Jahresauftakt viele bekannte Gesichter zu treffen und Gespräche über Politisches und manchmal auch weniger Politisches zu führen. Den Abschluss und gleichzeitig sicher den Höhepunkt bildet der Neujahrsempfang der SPD Main-Kinzig am 8. Februar. Dann wird in der Klosterberghalle in Langenselbold der Parlamentarische Geschäfts-

f ü h r e r d e r S P D -
Bundestagsfraktion, Thomas
Oppermann, als prominenter
Gast erwartet. Danach können
dann die Neujahrsempfänge
nahtlos in die Faschingssitzungen
übergehen. Ich freu' mich
schon.

* * *

Wichtigstes Thema gerade bei den Neujahrsempfängen der SPD-Ortsvereine ist ganz klar das Wahljahr 2013. Aussichtsreiche Landtagswahlen, eventuell ja auch in Hessen, und natürlich die Bundestagswahl im Herbst stehen an – das bedeutet viel Arbeit für die hauptamtlichen Mitarbeiter und besonders für die vielen freiwilligen Helfer. gut geht, könnte es das Jahr der SPD werden,

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



denn neben den Wahlen gibt es ja auch noch einen runden Geburtstag zu feiern.

Die SPD wird in diesem Jahr stolze 150 Jahre alt. Da wird es ganz bestimmt ein schönes Fest geben. Und so manch einen Journalisten, der die Partei nach der letzten Bundestagswahl schon totgesagt hatte, wird man dann sicher wieder ganz vorne am Buffet drängeln sehen.

* * * *

Neben den ganzen Neujahrsempfängen war ich letzte Woche auch noch beim Hessengipfel der SPD in Friedewald. Der Main-Kinzig-Kreis war dort mit einer großen Delegation stark vertreten, u.a. mit Landrat Erich Pipa, mit André Kawai und auch der neuen Bundestagskandidatin Bettina Müller. Hauptredner

war der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der in seiner Rede besonders auf das Problem steigender Mieten einging. Außerdem sprach er über den bedenklichen Zustand der Kommunalfinanzen und machte deutlich, dass viele Städte und Gemeinden in Deutschland am Stock gehen und ihre Aufgaben kaum noch erfüllen können. Gabriel, der auch dem SPD-Kommunalbeirat vorsteht, versprach, die Interessen der Kommunen künftig noch mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Schon jetzt werden alle Beschlüsse der Partei auf ihre Auswirkungen auf die Kommunen hin geprüft. Dieses Problembewusstsein würde sich so mancher Bürgermeister von der Bundesregierung wohl auch wünschen.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

